

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

MENTALITÄT UND IDENTITÄT:

ÜBER DIE EUROPÄISIERUNG DER NATIONALSTAATEN UND IHRER POLITISCHEN KULTUR

Vortrag auf die Einladung der Doktorschule der Andrassy Universität, 19. Februar 2007

I. Die Osterweiterung der Europäischen Union hat stattgefunden, auch wenn sie noch nicht vollständig abgeschlossen ist, solange Länder Südosteuropas auf ihre Mitgliedschaft warten. Europa ist weithin wiedervereinigt. Trotz der Ratifikationskrise um die Europäische Verfassung ist die Europäische Union handlungsfähig. Europa, so kann man sagen, ist geschaffen. Aber Europäer sind wir alle miteinander bisher kaum. 485 Millionen Unionsbürger in 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – das ist eine imposante Zahl, die indessen in umgekehrt proportionalem Verhältnis zur Substanz und Breite des Europäertums steht. Es gibt mindestens ebenso viele Leitbilder von Europa wie es Mitgliedsstaaten gibt. Und es gibt eine unübersehbare Fülle von Vorstellungen, Hoffnungen wie Ängsten über den weiteren Weg der europäischen Integration. Die einen träumen von Europa als der technologisch und wirtschaftlich am meisten dynamischen Region der Erde. Die anderen sorgen sich, Europa könne bald nur noch ein Museum der Welt sein. Schlimmer noch, andere prognostizieren die langfristige Europäisierung der Konflikte, die wir in den neunziger Jahren auf dem Balkan erlebt haben. Die Bilder aus der Banlieue von Paris oder vom Kossuth ter in Budapest gingen unter die Haut. Europa hat keine Idee seiner selbst, klagen die einen. Andere sind fasziniert davon, dass die europäische Einigung in vielen Teilen der Welt ein nachahmenswertes Modell der Konfliktüberwindung und Vorbild für genuin eigene Ansätze regionaler Integration geworden ist. Europa im Zeitalter der Globalisierung schwankt zwischen Selbstzweifeln und Überheblichkeit, zwischen Abstiegsangst und Weltmachtrolle. Fünfzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge und dem dadurch markierten Beginn des einzigartigen Weges zur europäischen Einigung ist es angesagt, nicht nur Bilanz zu ziehen, sondern einen Schritt aus den Diskursen des Augenblicks zurückzutreten, um besser zu verstehen, in welchem großen historischen Umbruch wir uns befinden.

Wir erleben in diesen Jahren nicht weniger als die zweite Gründung Europas. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der europäische Integrationsprozess initiiert als ein funktionales und sektorspezifisches Projekt der Zusammenführung der westeuropäischen Volkswirtschaften. Dieses Projekt folgte stets politischer Absicht und war kulturell grundiert. Es ging um die Aussöhnung der europäischen Brudervölker und darum, durch einen Gemeinsamen Markt die Zusammenarbeit so unumkehrbar werden zu lassen, dass sie auch zu Politischer Union führen würde. Die Einführung einer Gemeinsamen Währung war eine logische Konsequenz dieses

Weges und doch zugleich nur eine Etappe. Europas Integration war bisher im Prinzip das Projekt seiner politischen Eliten.

Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ wurde bei den friedlichen Revolutionen von 1989/1990 die neue Ausrichtung der europäischen Politik intoniert. Europa konnte auf Dauer nur mehr Legitimität finden, wenn es in der Breite seiner Bevölkerungen Anerkennung erfährt. Zugleich verwies die Hilflosigkeit der Europäischen Union beim Ausbruch der vier jugoslawischen Nachfolgekriege auf die Dringlichkeit, eine handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen. Das Zeitalter der Globalisierung klopfte darüber hinaus mit seinen Chancen und Herausforderungen an die Türen Europas. Die Europäische Union ist zukunftsfähig nur als ein Partner der Welt, manchen meinen sogar: nur als Weltmacht. Die Rolle der EU im Nahen Osten hat sich auf bemerkenswerte Weise gewandelt und rund um den Globus standen und stehen heute über ein Dutzend friedenserhaltende und polizeiliche Missionen der EU.

Eine neue mobilisierende Idee von Europa ist aber immer noch nicht europäisches Gemeingut geworden. Die Europäische Verfassung konnte und kann bestenfalls nur den formalen Rahmen abgeben, in dem sich die Akteure der Integration demokratischer und effizienter bewegen können. Insofern ist die Substanz des Europäischen Verfassungsvertrages zwingende Voraussetzung für den weiteren Erfolg der EU. Sie ersetzt aber nicht die Idee von Europa. In der Ratifikationskrise des Europäischen Verfassungsvertrages zeigt sich auf unspezifizierte und eher widersprüchliche Weise die Melodie von 1989/1990 „Wir sind das Volk“: Die Menschen in Frankreich und in den Niederlanden, die den Verfassungsentwurf abgelehnt haben, ließen immer wieder vernehmen, sie seien nicht gegen Europa, wohl aber gegen ein bestimmtes Bild von Europa und sie wollten eher mehr als weniger mitreden, wenn es um die Zukunft Europas geht. Wie es weitergeht mit der Erweiterung Europas um die Einbeziehung der Bürgergesellschaft und um Europas Erneuerung „von unten“ ist offen. Der Verfassungsvertrag sieht die Möglichkeit europäischer Bürgerbegehren vor. Dies wäre ein geradezu revolutionäres Novum in der Entwicklungsgeschichte der europäischen Einigung. Die Neugründung Europas aus seiner derzeitigen Krise – das ist jedenfalls kein völlig ausgeschlossener Gedanke.

Bevor indessen zur Spekulation darüber angesetzt wird, wie es mit der Europäischen Verfassung weitergehen wird, lohnt es, tiefer zu pflügen. Denn auch, wenn ein alternativer Verfassungstext die allseitige Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten gewinnen sollte oder der vorliegende Verfassungsvertrag doch noch, möglicherweise in gekürzter Form, allseitige Zustimmung finden wird und bis zum nächsten europäischen Wahlzyklus 2009 ratifiziert werden würde, bliebe der Mangel an einem einheitlichen europäischen Leitbild. Die Europäische Union ist geschaffen, ihre Ziele aber sind weiterhin undeutlich, teilweise sogar widersprüchlich.

Vor diesem Hintergrund möchte ich drei Betrachtungen anstellen. Zum ersten möchte ich sprechen über die Frage, was die „Europäisierung“ des Nationalstaates

zu bedeuten hat, und welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es zwischen den Entwicklungen in den Ländern Westeuropas, in Rumsfelds „altem Europa“ und in den postkommunistischen Staaten und Gesellschaften gibt. Zum zweiten möchte ich fragen nach den Ursachen und Voraussetzungen des weiteren Europäisierungsprozesses aus seinen Nationalstaaten heraus. Schliesslich diskutiere ich die Gefahren eines europäischen Nationalismus, das heisst die Suche nach der Abgrenzung Europas über ein Feindbild.

II. Was ist mit dem Nationalstaat des „alten Europa“ seit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge vor fünf Jahrzehnten geschehen? Der Nationalstaat ist in keinem Falle untergegangen, das ist auch niemals die Absicht selbst der noch so engagierten Föderalisten gewesen. Alles andere sind eher unseriöse Behauptungen ausgelöst durch ein gewisses Interesse, den föderalen Ansatz zu diskreditieren. Der föderale Ansatz hat sich faktisch durchgesetzt. Es hat bis heute ein System des Regierens in Europa auf mehreren Ebenen geschaffen. Es ist unzulänglich, unvollständig und nicht widerspruchsfrei. Erschöpft durch den Dreißigjährigen Bürgerkrieg, der Europa von 1914 bis 1945 zerstörte und die weltweite Macht seiner ehemaligen Kolonialstaaten endgültig untergrub, hat gleichzeitig eine Transformation des westeuropäischen Nationalstaates begonnen. Identitätsfragen, die auf dem Nationenbegriff gründen oder die nationale Homogenität zum Kern haben, wurden abgemildert. Heute – Ausnahmen wie im Baskenland bestätigen die Regel – gründet der westeuropäische Nationalstaat auf politischer Loyalität, die in der Qualität des Grundrechtsschutzes und der Freiheitsentfaltung seiner Bürger ihre stärkste Wurzel hat. Herkömmliche nationale Identitätsfragen sind nicht vollständig verblichen. Oftmals aber haben sie den Charakter von Mentalitätsfragen angenommen. Es geht nun nicht mehr um Krieg und Frieden wie vor wenigen Jahren im Kosovo oder immer noch im Kaukasus. Innerhalb der Gesellschaft geht es eher um die Frage, ob ein französischer Geschäftsmann seinen holländischen Kollegen zu einem französisch-opulenten Mittagessen mit Wein einladen soll, um gute Geschäftsabschlüsse zu machen, oder ob er das nüchterne holländische Sandwich mit Mineralwasser vorziehen und erst hinterher im Büro zur Sache kommen soll. Unter den politischen Akteuren geht es um das Management von ökonomisch definierbaren Interessen in einer EU, die strukturell auf Konsenszwang ausgelegt ist.

Identität wird heute weithin aus der Kraft der Sozialstaatlichkeit geschöpft und auf diese bezogen. Fragen der Daseinsabsicherung, der sozialen Vorsorge und Fürsorge sind oft elementarer für die Frage nach dem bürgerschaftlichen Staatsbewusstsein als klassische nationale Topoi. Identitäten wurden oftmals zu Mentalitäten abgeschliffen. Es gehört zu den Folgen dieser europäischen Transformation des westeuropäischen Nationalstaates, dass in Westeuropa oftmals nur ungenau verstanden wurde und verstanden wird, dass in Mitteleuropa, in Südosteuropa und in Osteuropa Mentalitäten häufig immer noch Ausdruck tiefsitzender nationaler Identitäten sind. Identitäten aber sind selten verhandelbar und in eine Konsensform zu gießen.

Der Identitätsanspruch des Nationalstaates hat sich in den postkommunistischen Transformationsgesellschaften bestenfalls oberflächlich abgeschwächt. Mit dem Zerfall der kommunistischen Einparteiendiktaturen schwand an vielen Orten das Zutrauen überhaupt zu staatlicher Ordnung und Autorität. Die Idee des Staates als Leitbild der freiheitsschützenden Ordnung hat Mühe, sich überall durchzusetzen. Mehr als je aber ist die Erwartung aufgeladen, dass der Staat für die soziale Sicherheit, für Vorsorge und Fürsorge zuständig ist. Europa wird häufig als die Erweiterung dieser Erwartungsprojektion betrachtet. Europa ist gut, so denken viele, weil in ihm die Hoffnung auf sozialen Fortschritt schlummert und Europa, so denken sie weiter, ist nur solange gut wie die Erwartung auf Verbesserung des sozialen Daseins durch die EU erfüllt wird. Desillusionierungen waren bei solchen Vorstellungen zu erwarten und sind unausweichlich eingetreten. Viele Menschen in den Transformationsgesellschaften verstanden oftmals nur ungenau, dass der Souveränitäts- und Identitätsanspruch des freiheitlichen Verfassungsstaates sich heute vor allem in politischem Grundrechtsschutz abbildet. Eine soziale Rundumversorgung ist ihm weder möglich noch ist diese gar durch europäische Regeln zu gewinnen.

Damit aber sind zwei atmungsschwache Lungenhälften zueinander gelangt. Der westeuropäische Nationalstaat wird heute vor allem überall dort in Anspruch genommen und kritisiert, wo es um Fragen der Wohlfahrtstaatlichkeit und der sozialen Daseinsgestaltung geht. Er kann die erwarteten Leistungen kaum noch erbringen. Seine parteipolitischen Frontverläufe markieren ebenso Sehnsucht nach der gemeinwohlverträglichen Gerechtigkeit wie das Unvermögen, diese durch konsequente Reformansätze in ihren Grundfesten überhaupt zu sichern. Vielerorts haben sich unsichere Regierungsmehrheiten eingeknistert. Der postkommunistische Transformationsstaat ist ebenfalls zum Fokus aller Erwartungen und Wünsche auf sozialstaatliche Sicherheit geworden. Er kann diese Funktion nicht auch nur annähernd wahrnehmen. Seine parteipolitischen Exponenten sind vielfach in den Strudel von Umbau und Neugründung geraten. Vielerorts sind auch hier die Regierungsmehrheiten labil und fragmentarisch.

Der Nationalstaat, so ist zusammenzufassen, ist europäisiert worden, der Sozial- und Wohlfahrtsstaat aber nicht. Mehr als mit irgendeiner anderen Frage sind die derzeitigen politischen Akteure des Nationalstaates in Europa mit seinem Management beschäftigt, das zu einem permanenten Krisenmanagement geworden ist. Der heutige Sozialstaat in den Mitgliedsländern der EU vermag immer weniger den Zusammenhalt der Gesellschaft zu meistern. Er versagt im Dienst dieser nationalen Aufgabe und steht doch zugleich quer zum Anspruch auf sozialen Zusammenhalt in Europa: Im europäischen Zusammenhang wird der Nutzen des einen allzu häufig gegen die Folgekosten des anderen aufgerechnet. Die europäische Ebene ist nicht wirklich zuständig für Grundanliegen der Sozial- und Wohlfahrtstaatlichkeit und wird doch in Anspruch genommen als das tönernen Objekt, an dem recht einfach und eifertig Unmut über viele sozialpolitische Unzulänglichkeiten unserer Tage abgelassen wird.

Von einem europäisierten Sozialstaat sind wir heute meilenweit entfernt und werden es vermutlich auf Jahrzehnte bleiben. Die großen sozialen und ökonomischen Asymmetrien und regionalen Unterschiede in der EU stehen ihm entgegen. Die einen haben Angst vor Sozialdumping, die anderen erstreben mehr sozial begründete Finanzumschichtung als sie seriöserweise absorbieren können. Dennoch - oder gerade weil dies alles so ist: An einer transeuropäischen Erweiterung der unionsbürgerschaftlichen Solidaritätsverständnisses wird auf Dauer kein Weg vorbeigehen. Ich plädiere nicht für den harmonisierten europäischen Sozialstaat. Ich breche aber wohl eine Lanze für die erforderliche Konvergenz, für benchmarking und für innovative europäische Modelle der Wohlfahrtstaatlichkeit. Die allerorten in Europa stattfindenden Anpassungen in den Sozialstaaten werden nur noch zufriedenstellend und finanzierbar gelingen, wenn gewisse, präzise zu identifizierende sozialstaatliche und wohlfahrtstaatliche Leistungen europäisiert werden. Nur diese Zusammenführung kann die Kapitalbasis des Sozial- und Wohlfahrtswesens in der EU erweitern, die für ein sachgerechteres Wechselspiel von Einnahmen und Ausgaben erforderlich ist. Gleichzeitig können auf diese Weise durch Effizienzgewinne vermutlich Einsparpotentiale in den einzelnen Staatshaushalten erwachsen. Schließlich wird wohl nur so über europäische Modelle, die den Namen tatsächlich verdienen, ein gemeinschaftlicher europäischer Mehrwert erzeugt werden. Nur so jedenfalls kann der europäisierte Nationalstaat, nur so kann das Regieren im europäischen Mehrebenensystem und nur so kann die europäische Integration nachhaltig Zuspruch finden und innere Legitimität bewahren. Heute gibt es kein europäisches Sozialmodell, sondern derer viele. Das wird in vieler Hinsicht auch wohl so bleiben. Aber Elemente eines europäischen Sozialmodells muss es auf Dauer geben, wenn die Europäisierung des Nationalstaates konsequent zu Ende gedacht werden und die Wirtschafts- und Währungsunion tragfähig bleiben sollen.

Der nationalverfasste Sozialstaat ist in den meisten Ländern der EU nicht mehr zufriedenstellend zu finanzieren. Die Kapitalbasis ist zu dünn geworden oder sie ist zu dünn geblieben. Dem nationalstaatlich verfassten Sozialstaat fehlt damit die Basis, es fehlt ihm aber auch das Ziel: die Mehrung nationaler Identität und ihr Triumph über den sozialen Verhältnissen der Nachbarstaaten ist heute keine Perspektive mehr. Im Gegenteil: Ein fragiler Sozialstaat an einer Stelle in Europa ist auf Dauer zum Schaden aller in der EU.

Am Ende kann es nur darum gehen, ein Mehrebenensystem zu schaffen, das unter Anerkennung des Grundsatzes der Subsidiarität den einzelnen Nationalstaat nicht aus der Verantwortung entlässt, aber eben doch europäisch erweitert. Dazu können kreative Modelle beitragen, zum Beispiel Optionenmodelle, bei denen Wanderarbeiter entscheiden können, ob sie weiterhin in die Sozialsysteme ihres Herkunftslandes einzahlen oder in die Systeme des ausländischen Ortes ihrer temporären Erwerbstätigkeit. Varianten des opting-in werden bereits unter den ersten weitsichtigen Fachleuten diskutiert. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden auf Dauer nicht umhin können, das EU Budget substantiell zu erhöhen – nicht um den Preis neuer nationaler Steuerbelastungen, sondern durch

einen Transfer von entschieden mehr als einem Prozent des nationalen Bruttosozialproduktes. Anderenfalls werden die Aufgaben und Erfordernisse, die an die EU gerichtet werden und in Zukunft unausweichlich zunehmen werden, unter keinen Umständen adäquat erfüllt werden können. Die Stärkung des EU-Budgets und die Einrichtung einer genuinen EU-Eigenmittelquelle – einer EU-Steuer – müssen natürlich einhergehen mit strengster Haushaltskontrolle und einer konsequenten Verankerung des Prinzips der politischen Rechenschaftspflichtigkeit.

In diese Richtung muss die EU-Reise gehen, um den europäisierten Nationalstaat um einen europäisierten Sozialstaat zu ergänzen und um die unionsbürgerschaftliche Solidaritätsvorstellung europäisch zu erweitern. Bisher ist der Begriff der Unionsbürgerschaft in der Europäischen Union eine eher formale juristische Kategorie geblieben. Häufig wird er gar bespöttelt. Tatsächlich aber ist er der Schlüssel, um die Umwälzungen und Unruhen, die mit der gegenwärtigen Neugründung der EU aus dem Geist ihrer Verfassungskrise verbunden sind, konsequent aufzufangen und in eine konstruktive, nachhaltig positive Bahn zu lenken. Denn die Vorstellung von einem europäisierten wohlfahrtstaatlichen oder mit redistributiven Aspekten verbundenen sozialstaatlichen Gestaltungsansatz wird nicht dauerhaft funktionieren, wenn sie nur als Kosten-Nutzen-Kalkül um Einnahmen und Ausgaben gebaut wird. Sie erfordert unionsbürgerschaftliche Gesinnung, solidarischen Bürgergeist, ohne den die Europäische Union auf Dauer eine Form ohne Seele, eine Struktur ohne Herzkraft sein würde.

III. Ich komme zu meinem zweiten Gedanken, der sich infolge der ersten Ihnen vorgetragenen Überlegung geradezu aufzwingt, ohne dadurch schon allgemeinfähig geworden zu sein. Denn die unausgesprochene Prämisse meines ersten Arguments beruht auf der Idee, dass europäische Lösungen einen apriorischen, zumindest aber einen plausibilitätsrationalen Vorteil gegenüber nationalen Ordnungsformen des öffentlichen Lebens haben. Ich würde niemals argumentieren, dass dies allumfassend stimmen muss. Der Subsidiaritätsgedanke erhebt diese Bedenken zu recht zu einem Strukturprinzip in der Architektur der Europäischen Union. Das ist gut und menschengemäß. Es beantwortet indessen nicht die Frage nach dem Telos der europäischen Integration. Noch immer erscheinen die meisten Formulierungen der Idee Europas von seinen Grenzen her angelegt. Damit meine ich nicht nur die ständigen Versuche, die Grenzen einer möglichen EU-Erweiterung eng zu ziehen. Ich meine auch die inhaltlichen Grenzen der Einigung. Die unterschiedlichen Leitbilder von Europa, so habe ich eingangs gesagt, hängen zusammen mit den unterschiedlichen Prägungen durch den Nationalstaat. Der Nationalstaat gehört zu den anhaltend konstitutiven Kategorien der europäischen Ordnung. Er wird immer wieder zur Begründung herangezogen, um auf die Grenzen der europäischen Integration und mithin der Europäisierung nationalstaatlich tradierter Gestaltungsfelder der öffentlichen Ordnung hinzuweisen. Nur selten wird die Frage umgekehrt und nach den nationalen Voraussetzungen der europäischen Ordnung gefragt. Tut man dieses aber, so stellt man unweigerlich eine Vielfalt in Geschichte

und Ausprägung der europäischen Nationalstaaten fest. Vor deren Hintergrund kann die Vielfalt der europäischen Leitbilder kaum mehr überraschen.

Der tschechische Historiker Miroslav Hroch hat unlängst eine bemerkenswerte Synthese seiner lebenslangen Beschäftigung mit dem Phänomen des Nationalismus und der Nationalstaatsbildung vorgelegt. Man könnte sie auch, so meine These, spiegelverkehrt als Anregung zum Nachdenken über die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens lesen. Hroch dementiert zunächst die immer wieder kolportierte These, wonach die Nation eine „Urkategorie“ war¹. Gegen diese „primordiale Auffassung der Nation“² spricht in der Tat alle Geschichte. Differenzierter ist schon die Unterscheidung von Staatsnation und Kulturnation, die zumindest Unterschiede in Herkunft und Ausblick des Nationalbegriffs akzeptiert. Viele der gängigen Nationalstaatstheorien unterscheiden die westeuropäische Staatsnation mit einer gewissen Vorsicht pauschal von der mittel- und osteuropäischen Erfahrung der Kulturnation. Staatsnation, damit ist die Interessenübereinkunft unter einer Regierung gemeint, die dem Schutz bürgerchaftlicher Rechte verpflichtet ist. Kulturnation, damit ist das Streben um Anerkennung und Gleichberechtigung von Nationen gemeint, die sich ethnisch, sprachlich oder religiös definieren und im Regelfall um die Anerkennung ihrer nationalen Existenz ringen mussten. Könnte es sein, dass diese beiden Typen der Nationalstaatsschöpfung Ausgangspunkt für zwei sehr unterschiedliche Ansätze in der Formulierung europäischer Leitbilder sind? Interessengeleitete Europabilder stünden demnach den Staatsnationen Europas näher, identitätsgeleitete Europabilder stünden demnach den Kulturnationen näher. Im Einzelnen muss dies nicht viel heißen, aber die Sehnsucht der europäischen Erlösung Deutschlands aus seiner europäischen Mittellage über den Ausweg einer europäischen Föderation passt in dieses Bild ebenso hinein wie das unerbittlich fortwährende Ringen in Mittel- und Südosteuropa um kulturelle Superioritätsvorstellungen und, minimalistisch, um ethnischen Minderheitenschutz. In dieses Bild passt auch das Kosten-Nutzen-Kalkül hinein, das sich seit gut einem Jahrzehnt im „alten Europa“ ausgebreitet hat.

Man könnte sich von den Erkenntnissen von Miroslav Hroch aber auch noch in weit imaginativere Welten entführen lassen. Zum Beispiel in die Sphäre der Überlegung, ob nicht der moderne Prozess der europäischen Integration in all seinen Brüchen und Dissonanzen doch in gewisser Analogie zu den Prozessen der europäischen Nationalstaatsbildung erfolgt. Drei Beispiele, die diese These unterstützen, müssen an dieser Stelle genügen, die zum weiteren Nachdenken anregen können:

1. Der Nationalstaat ist ein genetisch gewachsenes Gebilde. Er ist ursprünglich nirgendwo weniger eine imaginative Gemeinschaft gewesen wie dies für viele Kritiker heute die Europäische Union ist. Er ist stets zunächst das Projekt von Eliten gewesen, entweder von Herrschaftseliten oder von intellektuellen Eliten, ehe

¹ Miroslav Hroch, Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2005, Seite 13.

² Ebenda

schrittweise und häufig mühsam der Weg in die Popularisierung und Volksverankerung einsetze. Dazu trugen Faktoren wie der Ausbau der Bürokratie, die Wirkung von Sprache und Rechtssystem sowie die Effekte der Industrialisierung bei. So drang der Nationalstaat immer stärker in die Breite der Bevölkerung und deren Lebenszusammenhänge ein. Für Ungarn berechnete Hroch zwischen 1787 und 1843 einen Anstieg der Beamten und Freiberufler von 27.000 auf 50.000.³ Die Zeit der Ausbreitung der Nationalbewegung fand ihren Unterbau in dem Zuwachs an Beamten und Freiberuflern, das heißt an sozialfunktionalen Eliten, die sich in den Dienst der Nationalbewegung stellten oder dieser indirekt zuarbeiteten. Wird man im Rückblick auf die heutige EU später einmal sagen können, dass die Brüsseler EU-Bürokratie und die sich immer mehr ausbreitende europaweite Dienstleistungsgesellschaft ähnliche Funktionen ausüben, um das Europabewusstsein zu stärken, vor allem die Ausbreitung der transnationalen sozialen Kommunikation, die im Rahmen der seinerzeitigen Kommunikationsmittel auch für die Etablierung der Nationalstaaten erheblich war?

2. Die Bedeutung von Schule und Erziehung für die Herausbildung von nationaler Loyalität und Interessenübereinkunft nimmt in den Analysen von Hroch eine entscheidende Stellung ein. Warum sollte dies in Bezug auf die Herausbildung einer europäischen Identität nicht ähnlich sein? Umso nützlicher wäre es, die Schulbücher in den einschlägigen Fächern, vor allem in den Bereichen Geschichte, Literatur und Sozialkunde zu europäisieren. Es wäre gewiss auch von erheblichem Nutzen und von populärer Breitenwirkung, wenn in Brüssel ein Haus der Europäischen Geschichte entstünde, das der Entwicklung des Europäischen Gedankens gewidmet wäre und in dessen noch leeren Räumen die beständig wechselnden Identitätsvorstellungen der nachwachsenden Generationen kreativ ausgestaltet werden könnten. Wenngleich die Turnbewegungen im 19. Jahrhundert in den formativen Phasen der diversen Nationbildung eher nur eine zweitrangige Rolle gespielt haben, eine Rolle haben sie doch gespielt. Warum sollte heutzutage der symbolische Gehalt des Sports nicht optimaler für die europäische Sache genutzt werden, zum Beispiel indem alle Sportmannschaften der EU-Mitgliedsländer 2008 gemeinsam hinter der EU-Fahne in das Olympiastadion von Beijing einmarschieren und damit ihre Zusammengehörigkeit demonstrieren?

3. Soziale Identifikation, mobilisierende Symbole und Interessenaggregation als Impuls zur Stärkung der kollektiven Bindung – warum sollen diese Phänomene nur für die Herausbildung der Nationen in Europa eine Rolle gespielt haben? Warum können sie nicht auch für die Herausbildung des vereinigten Europa der Nationen fruchtbar gemacht werden? Hroch spricht von nationalen Mythen und der Suche nach dem gemeinsamen Schicksal⁴ - und wieder ist man versucht, den Bogen zur heutigen Europäischen Union zu schlagen: Wird nicht unter Akademikern heute die Frage lebhaft diskutiert, wie ein neuer europäischer Narrativ die Ur-Erzählung erneuern und ersetzen soll, der zufolge die europäische Integration das aus der Asche

³ Ebenda, Seite 78.

⁴ Ebenda, Seite 145 ff.

des Zweiten Weltkrieges geborene Friedensprojekt des Kontinents ist? Bemühen Europas Politiker nicht das starke Wort vom gemeinsamen Schicksal des Kontinents als Begründung für die Profilierung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik? Wann wird die Synthese geschlagen und in der symbolhaften Einführung eines EU-weiten Gedenktages für die Toten aller europäischen Kriege die Überwindung der innereuropäischen Geschichte von nationalbegründetem Völkerhaß mit dem gemeinsamen Auftrag zur Beteiligung an der Herstellung und Sicherung des Friedens in der Welt verwoben? Ein Wort der Zurückhaltung ist nach der Lektüre von Miroslav Hrochs inspirierendem Buch an dieser Stelle gewiss geboten: Die Nationaldenkmäler Europas schlossen den Nationwerdungsprozess allerorten ab, sie waren inmitten seiner mühevollen Aufbauphase noch schlechterdings undenkbar. Das lässt für die derzeitige Phase der europäischen Integration nur mit Schneckenbewegungen rechnen. Als der nationalstaatliche Durchbruch seinerzeit aber erreicht war, breiteten sich Nationaldenkmäler gerade mit pilzartiger Ausdehnungsgeschwindigkeit aus, wie auch die Straßenschilder mit den Namen vieler Volkshelden. Es begann dann aber auch die Phase der Konstruktion und Umdeutung der jeweiligen Nationalgeschichte.

IV. Kurz und zusammenfassend: Hrochs Frage danach, „warum in Europa die moderne Nation entstand“⁵ lässt sich füglich umkehren in die Frage, warum im Kontinent der Nationenvielfalt das moderne Europa entstand beziehungsweise weiter im Entstehen ist? Ikonographische Elemente sind unterdessen in der Europäischen Union vorhanden, so die Fahne, die Hymne, die einheitliche Währung, der Europatag, auch wenn er nicht als europaweiter Mobilisierungsfeiertag begangen wird wie weiland der 1.Mai der Arbeiterbewegung. Die nationalstaatlichen Bindungen wurden im Laufe der Evolution des europäischen Nationalstaates immer entschiedener „auf das Niveau einer verbindlichen nationalen Norm“ angehoben, bilanziert Hroch. ⁶ Nirgendwo ist ausgeschlossen, dass dieser Prozess im Verlauf des 21.Jahrhundert auch im Rahmen der Europäischen Union vollzogen wird und zu einem europäischen Verfassungspatriotismus führt. Eines gewiss wird aus der Geschichte der Nationsbildung in Europa auch für die Europabildung der Nationen unseres Kontinents gültig bleiben: „die Ungleichmässigkeit“ der Entwicklungen, denn, um noch einmal Hroch mit einer kleinen Unterschlagung von drei Worten zu zitieren, „der asynchrone Charakter des Entstehungsprozesses (der modernen Nation) steht mit dem Tempo der Modernisierung nicht in Korrelation“⁷.

Unterschiedliche europäische Leitbilder in der Europäischen Union sind heute mithin nicht überraschender, dramatischer oder unnatürlicher als die frühere „Ungleichmässigkeit der Nationsbildungsprozesse“⁸. Die einen gehen an die Europabildung rationalistisch und interessengeleitet heran. Kulturelle und ethnische Differenzen verstehen sie als Mentalitätsvorgänge. Die anderen gehen an die

⁵ Ebenda, Seite 235.

⁶ Ebenda, Seite 237.

⁷ Ebenda, Seite 241.

⁸ Ebenda.

Europabildung romantisch und kulturell heran. Kulturelle und ethnische Differenzen verstehen sie als identitätsprägend, ohne dass politische Normen Schicksalsfragen der Vergangenheit zu Schicksalsaufgaben der Zukunft transponieren könnten. Beide Strömungen des Denkens begleiten die vielen großen und kleinen Europadiskussionen unserer Zeit. Es geht nicht um richtig und falsch, stark oder schwach. Es geht, wie seinerzeit bei der Nationsbildung, um den gebotenen Ausgleich der Gegensätze, um die Einheit in der Vielfalt. Die Europäische Union hat sich längst auf diesen Weg gemacht, auch wenn ihre Akteure oft im technokratischen Alltagsallerlei zu ersticken drohen und unter sich eine großartige Idee verdunkeln.

Es bleibt die offene und unangenehme Frage, ob und inwieweit dieses sich einigende Europa „des Anderen“, des Feinbildes gar bedarf, das so charakteristisch für den Umschlag der europäischen Nationsbildung in den europäischen Nationalismus gewesen ist. Damit bin ich bei meinem dritten angekündigten und mithin abschliessenden Gedanken. In manchen Konzepten eines autonomen Europa, das sich aus der transatlantischen Zivilisation emanzipieren möchte oder eines Europa, das meint, in der Antithese zur Welt des Islam und der Araber oder gar im Gegensatz zum aufstrebenden China sein Selbstverständnis zu grundieren, schwingen Anklänge eines europäischen Nationalismus durchaus mit. Sollte es so sein, dass sich auch die schlechten Seiten der Nationsbildung auf die Europabildung in aller ihrer Ungleichmässigkeit und Widersprüchlichkeit vererben? Wenn auch die beständige Erfahrung der Geschichte die ist, dass wir nichts aus ihr lernen, so müssen wir uns zumindest eingestehen, dass wir es heute besser wissen sollten.

Seit den Tagen des Thukydides schwankt Europa in seiner Identitätsfundierung zwischen Selbstsicherheit und Fremdenfurcht. Der große Historiker definierte die Griechen in Antithese zu den Persern, die er selbstredend für zivilisatorisch unterlegen hielt. Als ein Anonymus in der Nachschrift des Isidor von Sevilla 732 erstmals das Wort „Europäer“ verwandte, tat er es in wie selbstverständlicher Antithese zu den Arabern. Aristoteles, der große Philosoph des griechischen 4. vorchristlichen Jahrhundert, hat den klassisch gebliebenen Gegenansatz frühzeitig formuliert: Nichts sei schwieriger, so hatte er gemeint, als das Gute aus sich selbst heraus zu begründen. Wir alle wissen, wie dies gemeint ist, seit Jahrtausenden scheitern Menschen in dieser Aufgabe. Das Vorurteil, das Gegenüber, das Feindbild, der Gegner – die unterschiedlichsten Begriffe und Metaphern werden bemüht, in der Sache bleibt es einerlei: Wir lieben es zu hassen.

So apodiktisch und polemisch möchte ich nicht in Bezug auf Europas identitätspolitische Orientierung im Zeitalter der Globalisierung verstanden wissen wollen. Es bedarf der Grenzen zur Klärung seines Selbst und zur besseren Erhellung der Eigenart des Anderen. Daran gibt es keinen Zweifel. Aber wo liegen die Grenzen zwischen Grenzziehung aus Respekt und Grenzziehung aus Angst, wo liegen die Grenzen zwischen Selbstverständigung und Gegenbild-Phantasien? Sie sind fließend und müssen immer wieder neu bestimmt werden.

Dies gilt auch für die identitätsspezifische Positionierung Europas im Zeitalter der Globalisierung. Was ist spezifisch europäisch? Das Christentum, das seine Wurzel im Nahen Osten hat und über tausend Jahre nicht ohne die anatolische Brücke, die heute als Teil Europas umstritten ist, nach Europa gelangte? Die Demokratie, die terminologisch griechischen Ursprungs ist aber mindestens so häufig in Europa mit Füßen getreten wurde wie sie ausserhalb Europas exzellente Protektoren gefunden hat? Das Sozialmodell, von dem wir schon sagten, das es bestenfalls derer mehrere in Europa gibt? Der Marktplatz, die Bürgerschaft, das Bildungsmodell, die Strukturen des Verhältnisses von Religion und Politik, die Verarbeitung der Geschichte der eigenen Gewalt? Am Unangefochtensten ist wahrscheinlich die Musik, aber sie gehört doch irgendwie der ganzen Welt, wie wir gerade aus Budapest und Wien beständig hören, und sie ist so angenehm wortlos und darin unkontrovers. Es sei denn wir denken an die Oper und beispielsweise an „Die Stumme von Portici“, die zur Fanfare wurde für den Weg zur Unabhängigkeit Belgiens 1830. Europa – das ist viel leichter in der Abgrenzung zu bestimmen: Es ist kein Kontinent mit Schriftzeichen, kein Kontinent der Tropen und des dazugehörenden *elan vital*. Und schon kommen wir ins Stocken. Jedenfalls und ganz gewiss ist die Dichte der kulturellen Erfahrungen, Widersprüche und Inspirationen ein europäisches Charakteristikum. Aber die lange Liste grausamer Kriege und gewalttätiger Mythen – seit Homers Odysseus, seit dem Nibelungenlied, das Rhein und Donau, Worms und Estergom (Eitzelburg) verbindet – ist ebenfalls europäischer Baustoff.

Was bleibt den Europäern mithin anders übrig, als die Grenzen ihrer selbst im Raum zu ziehen, so will es scheinen. Türkei, Ukraine, Georgien, Russland, Armenien – wer kennt die Länder, nennt die Namen, um die es immer wieder geht, wenn nach den Grenzen Europas gefragt wird. Dabei sind alle territorialen Grenzziehungen nicht geographischem Naturrecht geschuldet. Sie sind vielmehr - und waren es stets – Ausdruck politischen Kalküls. So wird es bleiben. Darin sind Europäer geübt und am Ende werden sie es auch in den vor uns liegenden Jahren in Bezug auf die erwähnten Staaten sein. Doch Gestalt und Grenze des inhaltlichen Begriffs von Europa – dies ist ein komplexerer Sachverhalt als die territoriale Grenzziehung. Hier verweben sich authentische Erfahrungen mit kulturellem Identitätsverständnis, politisches Kalkül mit intuitiven Stereotypen und Vorurteilen. Die innere Bestimmung von Europa, seiner Idee und deren Grenzziehungen, bleibt mühsam, unterliegt Wandlungen und schwebt stets in der Gefahr der Simplifikation.

Heute ist die Testfrage nach der inneren Idee und Grenze Europas der Umgang mit nichteuropäischen Migranten, vor allem jenen aus gänzlich anderen Kulturkreisen. Die gewöhnliche Liste der Reaktionen auf dieses Phänomen ist bekannt: Sprachunterricht, Anpassung an kulturelle Normen, respektvoller Umgang mit der andersartigen Religion, Lebensform und Kultur. Zugleich werden die Grenzen formuliert, vorsichtig von den Erfahrenen, dialogisch von den Bemühten, rassistisch von den *simpliciteurs*. Von nichteuropäischen Migranten zu erwarten, dass sie sich einer europäischen Leitkultur anpassen, von der die autochthonen

Europäer selber nicht genau zu sagen wissen, was sie beinhaltet, ist schon arg viel verlangt. Es bleibt den Migranten - ob Chinesen in Budapest, Arabern in Spanien, Afrikanern in Italien, Türken in Deutschland und Pakistanis in Großbritannien – kaum etwas anderes übrig, als sich der jeweils nationalen Lebenskultur anzupassen, in deren Umfeld sie leben. Bestenfalls werden sie die dänische, holländische oder österreichische Lebensweise verstehen und von dieser respektiert. Wo es keine Europäer gibt, kann es auch keine Euro-Chinesen und keinen Euro-Islam geben. Es sei denn, das Bemühen um solche Prozesse teilen Einwanderer und Autochthone. Ich rede keinerlei Ideologievariante des Multikulturalismus das Wort und habe dies nie eine Sekunde lang getan. Im Gegenteil vermag ich den Sinn kultureller Vermischungen nicht zu verstehen, die aus Angst vor der Andersartigkeit auch das Eigene aufzugeben bereit sind. Gleichwohl: Wir müssen im Europa des Globalisierungs- und mithin Migrationszeitalters auch deshalb miteinander lernen, einen transnational erweiterten Unionsbürgerschaftsbegriff zu entwickeln, der Solidarität, Vielfalt, Rechtssubstanz und Freiheit mit einschließt. Über das Appellative hinaus bin ich an dieser Stelle nicht in der Lage, konkrete Rezepte anzubieten. Aber es erscheint mir, auch unter dem Gesichtspunkt des Ausgleichs der einheimischen Staatsbürgerschaft und der Erweiterung der Staatsbürgerschaft um Europas heutige Neuankömmlinge, zwingend zu sein, eine transnationale, das heißt europäische Erweiterung des Bürgerschaftsbegriffs voranzutreiben. Um Goethe zu variieren, wir müssen zu Europäern uns bilden. Bald werden wir Europäer nur noch sieben Prozent der Weltbevölkerung stellen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es noch 25 Prozent. Ob die demographische Schrumpfung dem Zusammenwachsen dient?

Im formalrechtlichen Begriff der Unionsbürgerschaft hat die EU die ersten richtungweisenden Akzente gesetzt. Es gilt nun diesen Unionsbürgerschaftsbegriff auszufüllen. Ein politischer Führungsauftrag besteht darin, dass endlich die Bildung europäischer politischer Parteien vorankommt, ein einheitliches Wahlrecht für die Wahlen zum Europäischen Parlament durch eben dieses Europäische Parlament verabschiedet wird und bei den Wahlen 2009 die großen Parteien mit europaweiten Spitzenkandidaten für ihre politischen Optionen werben. Für uns Normalsterbliche heißt es, weiterzuweben am Begriff der europäischen Identität als dem Ausdruck unserer weltoffenen und europagewissen Mentalität. Anders als in der Begrifflichkeit seines sozialpsychologischen Ursprungs kann der Identitätsbegriff in Bezug auf Europa nur noch pluralistisch und mehrdimensional gedacht werden. Darin seine Stärke und Strahlkraft zu entdecken ist die vornehmste Anfrage an uns alle. Dies ist der große Mentalitätstest in unserer Zeit der unsicheren Umbrüche, unklaren Begriffe und ernüchterten Erwartungen.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.